

Der demographische Wandel in den neuen Bundesländern: Familiengründung nach der Wende: Aufschub oder Verzicht?

Mau, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mau, S. (1994). Der demographische Wandel in den neuen Bundesländern: Familiengründung nach der Wende: Aufschub oder Verzicht? *Zeitschrift für Familienforschung*, 6(3), 197-220. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291915>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Der demographische Wandel in den neuen Bundesländern

Familienründung nach der Wende: Aufschub oder Verzicht?

Steffen Mau

Zusammenfassung

Ausgangspunkt des vorliegenden Aufsatzes ist der Rückgang der Geburten und Eheschließungen in den neuen Bundesländern, der mit dem Zusammenbruch der DDR und den derzeitigen Transformationsproblemen in Zusammenhang steht. Zunächst wird versucht, die Bedeutung von Familie und Familienründung in der DDR zu bestimmen. Dafür wird die vergleichende Perspektive gewählt und anhand zentraler demographischer Daten auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der DDR und der Bundesrepublik hingewiesen. Ausgehend von dieser kontrastierenden Beschreibung soll der eruptive Wandel der "Bevölkerungsweise" in den neuen Bundesländern aufgezeigt und ansatzweise erklärt werden. Eine pointierte Ausgangsfrage ließe sich wie folgt formulieren: Ist der gegenwärtige Rückgang der Geburten Ausdruck des Verzichts oder des Aufschubs von Fertilitätsprozessen? Werden Ereignisse der Familienründung getreu dem westdeutschen Muster biographisch nach "hinten" verlegt oder befinden sich die neuen Bundesländer in einem "demographischen Notstand"? Es wird versucht, sich dem Thema der Familienründung auf der Struktur- und Individualebene anzunähern, damit erkennbar wird, in welchem Spannungsfeld familiales und generatives Verhalten stattfindet. Als weiterer Punkt wird das Verhältnis von Frauenerwerbstätigkeit und Familienbildung diskutiert.

Schlagworte

demographischer Wandel - neue Bundesländer - Geburtenrückgang

Abstract

The starting point of this paper is the change in the global data of births and marriages in East Germany. This development is connected with the collapse of the GDR and the problems of the transformation process. First I consider the meaning of family and family foundation. Therefore I have chosen a comparative perspective with West Germany and presented population data, which shows the differences and common factors. Then I examine the dramatic east german decrease of demographic data and the change of family behavior. One question is: Is the decline of births an expression of the renunciation or postponement of fertility? Do the events of family foundation, like the west german pattern, postpone to a later point of life course or is the situation in East Germany a "demographic state of emergency"? I try to explain this theme seen from the angle of social structure and of the individuals in order to recognize the field of tension in which family behavior takes place. Then I will discuss the relationship of the employment of women and family foundation.

Keywords

East Germany - change of family behavior - decline of births

1. Familienbildung und demographische Entwicklung in der DDR

Die DDR-Gesellschaft war an einem verbindlichen und sozialpolitisch geförderten Familienideal orientiert. Die Familie sollte als kleinste kollektive Summe sozialistischer Einzelpersönlichkeiten Fortpflanzungs-, Integrations- und Erziehungsfunktion übernehmen. Diese positive Besetzung wurde über ein Selbstbild vermittelt, das das ausgebildete, berufstätige Paar mit zwei Kindern als den wünschenswerten Normalfall darstellte. In Abgrenzung zur "bürgerlichen Familie" galt die "sozialistische Familie" als von ökonomischen Zwängen befreite und auf Liebe gegründete eheliche Gemeinschaft, in deren Obhut Kinder aufwachsen sollten. "Liebe und Achtung bilden die sittlichen Grundlagen der sozialistischen Ehe. (...) Wahre eheliche Liebe ist nicht zu trennen vom gesellschaftlichen Gehalt der Ehe, eine Familie zu gründen und die Kinder zu gesunden, gemeinschaftsfähigen, fortschrittlichen Menschen, zu künftigen Gestaltern der Gesellschaft zu erziehen" (Uhlmann 1961, S.62).

Dem säkularen Trend der Auflösung der Normalität von Ehe und Familie als

Lebensform und dem Geburtenrückgang konnte auch die DDR nicht entgegen. Seit Anfang der 70er Jahre stellte sie dem eine, von den intendierten Resultaten her, recht erfolgreiche Bevölkerungspolitik entgegen. Diese reichte von finanziellen und sachbezogenen bis zu familien- und arbeitsrechtlichen Begünstigungen für Familiengründer. "Die DDR-Sozialpolitik war auf die Förderung der Familien gerichtet, die Sozialpolitik der BRD dagegen in erster Linie auf die der Ehe" (Bast & Ostner 1992, S.238). In Reaktion auf diese staatlichen Offerten fand in der DDR ein verstärkter Übergang zur "instrumentellen Lebensplanung" (Huinink 1993, S.31) statt. Zeitpunkt und Form der familiären Ereignisse standen durchaus in mittelbarem Zusammenhang mit den an die Sozialvergünstigungen geknüpften Anspruchsvoraussetzungen. Hierbei handelte es sich in erster Linie um timing-Effekte; die Diffusion der sozialpolitischen Regelungen auf die Ebene individueller Wertorientierungen ist aber auch anzunehmen.

Auf der anderen Seite war die Familie auch der private Schutzraum gegen die Zudringlichkeiten staatlicher Stellen, die sich die Kontrolle über alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens aneignen wollten. Die Schließung der privaten Sphäre und die Aufwertung von Familienexistenz ist Teil von Subjektivierungsprozessen, mit denen man sich dem offiziellen Zugriff entzog. Huinink und Mayer (vgl. Huinink & Mayer 1993) verweisen auf traditionelle und kommunikative Motive der Familienbildung, die zu den instrumentellen Motiven hinzutreten. Dieser Gegenimpuls zur ideologischen Besetzung des Begriffs und des Inhalts Familie hatte ein ähnliches Resultat wie die offiziellen Bemühungen: die Aufladung der Funktion der Familie. Die Familie in der DDR wurde "mehr und mehr zum Symbol für Freizeit und Privatsein, für eine breite Palette individueller Lebenstätigkeiten außerhalb der gesellschaftlichen Aktivitätsformen" (Gysi 1990, S.34). Zusätzliche Kompensationleistungen im Dienstleistungs-, Versorgungs- und Umverteilungsbereich gingen auf die familiäre Sphäre über. Die Instrumentalisierung von Familie, Partnerschaft und der Frauenrolle als "Emanzipation von oben" (Geißler 1992, S.238) wurde auf der Individualebene enthärtet und teilweise aufgelöst. Die positive Aufladung der Funktion von familialen Bindungen und der damit verbundene Erfahrungsschatz ist ein Grund für die stärkere Familienorientierung in Ostdeutschland, die in einer Vielzahl von Untersuchungen (z.B. Spellerberg 1993, Landua u.a. 1993) zum Ausdruck kommt.

Die sozioökonomische Basis von Familien in der DDR bestand in der Normalität von Doppelerwerbstätigkeit. Die Beteiligung am Erwerbsleben war für die

Frauen in der DDR selbstverständlich, immerhin 92 % der 25-60 jährigen Frauen (ohne Studentinnen) gingen 1990 einer Erwerbstätigkeit nach (Kirner u.a. 1990, S.575). Ermöglicht wurde diese hohe Beteiligungsrate durch eine abgestufte und abgestimmte Sozialpolitik, die für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten sollte. Solche zielgenauen Sozialmaßnahmen waren z.B. das sog. "Babyjahr", Freistellungsrechte und finanzielle Zuschüsse. Hinzu kamen staatliche Rundum-Betreuungsangebote für Klein- und Schulkinder (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort), die als außerfamiliäre Institutionen weitgehende Sozialisationsfunktionen übernahmen.

Eine Vielzahl von Entwicklungen (vgl. Geißler 1992, S.238 ff.), die dem fortschreitenden Säkularisierungsprozeß zugeschrieben werden, waren in der Bundesrepublik und in der DDR gleichermaßen aufzufinden. Hier ist zunächst die Öffnung und Dynamisierung der Familiennorm zu nennen. Diese ist mit einer sinkenden Geburtenrate, der Verkleinerung der Familien, einer niedrigen Heiratsbereitschaft und der Zunahme der Scheidungen verbunden. Die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, der Singlehaushalte und der Anteile der Alleinerziehenden stehen für die "Pluralisierung" familialer Lebensformen. Über die Zeit betrachtet fluktuieren familiäre und partnerschaftliche Bindungen stärker; Nacheinanderfamilien, Übergangsbeziehungen, die Ausweitung von Vor- und Nach-Kinderphasen relativieren die frühe Einmündung in die Normalfamilie und das Verweilen darin, wie dies für das "goldene Zeitalter der Familie" in den 50er und 60er Jahren bestimmend war. Insgesamt kann man - bei aller daneben bestehenden Kontinuität - eine "Pluralisierung der Privatheitsformen" (Geißler 1992, S.281) auffinden, die den Monopolanspruch der Normalfamilie in verschiedener Hinsicht aufbricht. Die DDR zeichnete sich im Vergleich zur Bundesrepublik durch eine stärkere Dynamik des Erstheirats-, Scheidungs- und Wiederverheiratuingsverhaltens aus. Die Schwellen des Eheeintritts und der Eheauflösung waren relativ niedrig, so daß, obwohl die Beteiligungsrate der einzelnen Kohorten an den Eheschließungen hoch war, die "Institution der Ehe" in gewisser Weise entwertet wurde.

Was die demographische Entwicklung in der DDR angeht, so läßt sich im Vergleich mit der Bundesrepublik ein konvergenter Trend mit einigen markanten Abweichungen feststellen. Als allgemeiner Trend zeichnete sich eine tendenziell fallende Geburtenrate ab. Dieser Rückgang verlief in beiden deutschen Staaten simultan und das Bestandserhaltungsniveau der Bevölkerung wurde

unterschriften¹. Die verstärkte Verbreitung von Kontrazeptiva und die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1972 beschleunigten in der DDR diesen Trend. Mitte der 70er Jahre wurden in der DDR "bevölkerungspolitische Maßnahmen eingeleitet", die verstärkte Anreize für junge Familiengründer bereitstellten. Zumindest in der Periodenbetrachtung schienen diese pronatalistischen Maßnahmen Erfolg gezeitigt zu haben; der Abwärtstrend wurde gestoppt und bis 1980 ließ sich sogar ein Zuwachs der Geburten (auch bekannt als "zweiter Babyboom der DDR") beobachten², der aber zeitlich begrenzt blieb. Seitdem sank die Geburtenhäufigkeit stetig; 1989 betrug die zusammengefaßte Geburtenziffer 1556,5 Geburten auf 1000 Frauen.

Bezieht man den Geburtenrückgang auf den Anteil der Frauen, die in ihrem Leben Kinder bekommen, so läßt sich feststellen, daß die rückläufige Geburtenhäufigkeit in der DDR von nahezu allen Frauen getragen wurde. Der Anteil der kinderlosen (bzw. der kinderlos bleibenden) Frauen in der DDR hat abgenommen und wird für die 80er Jahre auf etwa 8-10% geschätzt (Wendt 1991, S.258), was gegenüber 25-30% in der Bundesrepublik (Klein 1989, S.11) gering ist. Der Geburtenrückgang ist eine Folge der reduzierten Familiengröße, die die Ein-Kind und Zwei-Kind-Familie zur dominierenden Familienform machte. Wendt resümiert: "Während sich der Rückgang der Geburtenhäufigkeit in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Rückgang der Kinderzahlen höherer Ordnungszahlen (Abnahme kinderreicher Familien) und zunehmender Kinderlosigkeit erklärt, ist in der DDR der Geburtenrückgang auf die Verringerung von Geburten höherer Ordnung bei gleichzeitig abnehmender Kinderlosigkeit zurückzuführen" (Wendt 1991, S.259).

¹ Gemessen an der zusammengefaßten Geburtenziffer: Die zusammengefaßte Geburtenziffer (auch: Periodenfruchtbarkeit) ist eine bereinigte theoretische Größe zur Beurteilung des Geburtenverhaltens und ergibt sich als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviel Kinder 1000 Frauen im Laufe ihres Lebens bekommen würden, vorausgesetzt, die zum Zeitpunkt der Betrachtung vorherrschenden Geburtenverhältnisse würden anhalten.

² Diese Entwicklung verstärkte die Illusion über die direkten Wirkungen von Bevölkerungs bzw. Familienpolitik auf das tatsächliche Geburtenverhalten. Es läßt sich zeigen (vgl. Dobritz 1992), daß dieser Einfluß stark überschätzt wurde, und bei einem Wechsel auf die Kohortenbetrachtung hauptsächlich in timing-Effekte aufgelöst werden kann. Am Ende des gebärfähigen Alters der einzelnen Geburtsjahrgänge sind diese Effekte in der endgültigen Kinderzahl kaum auffindbar.

Typisch für die DDR war die frühe Familiengründung. 1986 differierte das Alter der Mütter zwischen den beiden deutschen Staaten bei der Geburt des ersten Kindes um 2,3 Jahre (DDR: 24,1 Jahre; Bundesrepublik: 26,3 Jahre). Die altersspezifische Geburtenhäufigkeit erreichte in der DDR bei den 23-jährigen mit 160 Lebendgeborenen auf 1000 Frauen ihren Gipfelpunkt, während dieser in der Bundesrepublik erst bei den 27-jährigen Frauen mit 115 Kindern erreicht wurde (Wendt 1991, S.261). Seit den 70er Jahren ist das mittlere Alter der Mütter bei der Geburt des Kindes in beiden Staaten kontinuierlich und deutlich angestiegen, so daß sich ein simultaner Prozeß auf unterschiedlichem Niveau ergibt.

Eine weitere Besonderheit der DDR-Gesellschaft war der große Anteil der unehelich geborenen Kinder. 1986 betrug er 34% aller Lebendgeborenen (Bundesrepublik: 10%). Diese Zahl schließt aber nicht das Aufwachsen der Kinder in "unvollständigen" Familien mit ein. Vor allem ist sie Ausdruck der zeitlichen Entkoppelung von Eheschließung und Geburt des Kindes, die in der alten Bundesrepublik stärker miteinander verzahnt waren. Es ist festzustellen, daß die Heirat des Elternpaares oft einige Jahre nach der Geburt des ersten gemeinsamen Kindes stattfand; 1987 hatten immerhin 39% aller Eheschließungen voreheliche Kinder (Bundesrepublik 1989: 5,5%) (Wendt 1991, S.260).

Bei den Eheschließungen ergibt sich ein ähnlicher Befund. In der DDR wurde früh geheiratet, auffallend ist aber auch die verhältnismäßig kurze Dauer der jungen Ehen. Die allgemein sinkende Bereitschaft zur Verheiratung ging einher mit der Verschiebung des Heiratsalters nach oben, wobei der Altersabstand von Ost und West in den 80er Jahren relativ konstant blieb. Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen betrug 1988 22,9 Jahre und das der Männer 25,0 Jahre (Bundesrepublik: 25,5 und 28,0 Jahre) (Geißler 1992, S.271/272). Trotz sinkender Heiratsneigung wurde in der DDR häufiger geheiratet als in der Bundesrepublik. Errechnet man einem Erwartungswert auf Grundlage des Heiratsverhaltens von 1987, so würden in der DDR, bezogen auf 100, von den ledigen Männern 74 und von den ledigen Frauen 81 heiraten; im Vergleich dazu lagen diese Werte in der Bundesrepublik bei 59 bei den ledigen Männern und 61 bei den ledigen Frauen (Höhn, Mammey & Wendt 1990, S.141).

In der Summe stellt sich die Bevölkerungsweise der DDR als Mischform einer tradiert-hohen Besetzung von Familie und Kindern bei gleichzeitiger Entwertung der Ehenorm, was die zeitliche Verkopplung von Eheschließung und (Erst-)Geburten sowie die Dauerhaftigkeit der Ehe angeht, dar. Weiterhin ist

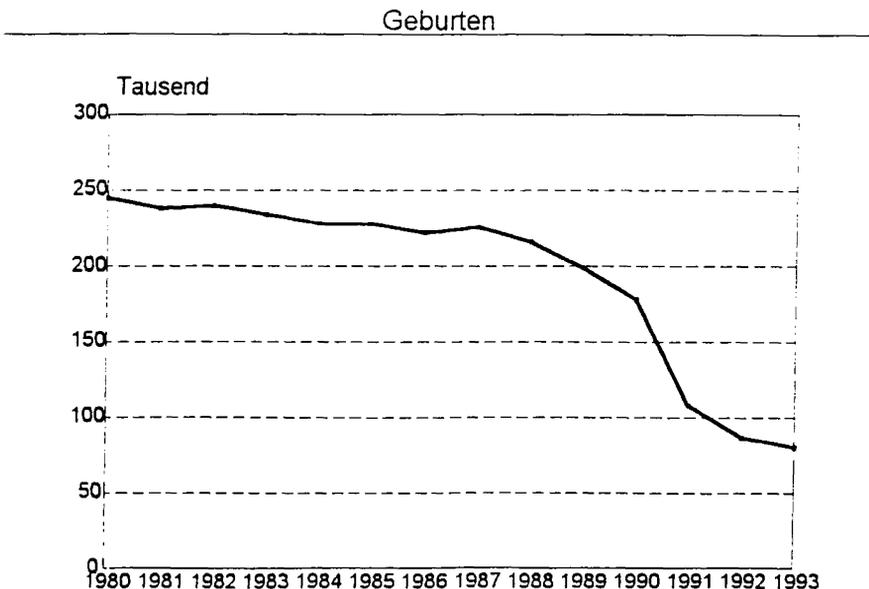
eine umfangreiche und biographisch relativ frühe Teilnahme an Prozessen der Nuptialität und Fertilität festzustellen. Beeinflußt wurde dies von einer pointierten Sozialpolitik, die "kindbezogene Begünstigungen" (Dobritz 1992, S.167) bereitstellte und über Mitnahmeeffekte v.a. den Zeitpunkt der Familiengründung beeinflusste.

2. Der demographische Einbruch

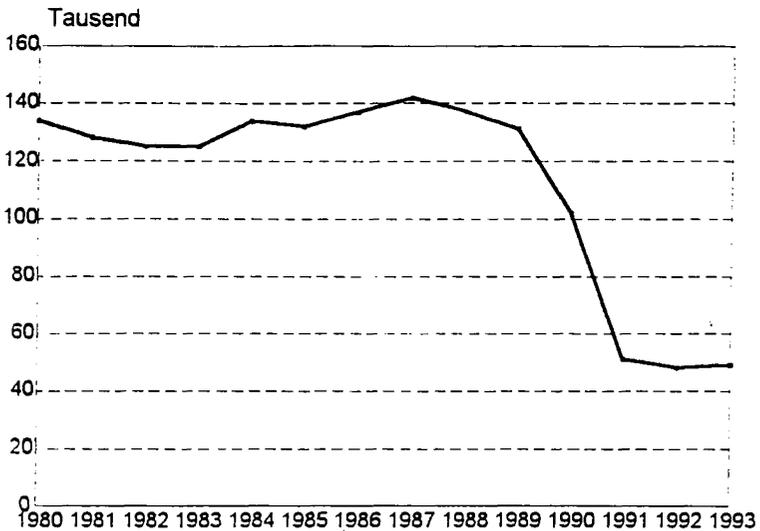
Demographisches Verhalten ist ein sensibler Indikator für gesellschaftliche Erschütterungen und sozialen Wandel. In den neuen Bundesländern verzeichnen wir seit dem Zusammenbruch des DDR-sozialistischen Modells einen dramatisch anmutenden Rückgang von Geburten und Eheschließungen. Die Veränderung dieser beiden Kenngrößen ist daher in einen Zusammenhang zu stellen.

Von 1988 bis 1992 sanken die Geburtenzahlen um 60 Prozent und die Eheschließungen um 65 Prozent (vgl. Abb.1). Im historischen Vergleich mit anderen Extremsituationen in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts ist das Ausmaß exorbitant (vgl. Zapf & Mau 1993).

Abbildung 1: Geburten und Eheschließungen 1980-1993



Eheschließungen



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Quellen, 1993 vorläufig.

Der starke Rückgang der Absolutzahlen von Geburten und Eheschließungen wird u.a. durch den Altersaufbau der ostdeutschen Bevölkerung, also das Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge Anfang der 70er Jahre, und die Abwanderung insbesondere der jüngeren Generationen nach Westdeutschland evoziert. Doch allein durch diese Veränderung des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung kann der demographische Einbruch nicht erklärt werden. Schätzungen zufolge gehen ca. 10 Prozent des Geburtenrückgangs auf die Ost-West Wanderung zurück, wobei die Selektivität von Wanderung noch unberücksichtigt bleibt. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich das generative Verhalten selbst dramatisch verändert hat. Die zusammengefaßte Geburtenziffer ist eine demographische Kennzahl, die von der absoluten Bevölkerungsstärke und dem Altersaufbau abstrahiert. Für die Situation in den neuen Bundesländern läßt sich festhalten, daß die zusammengefaßte Geburtenziffer von 1670 im Jahr 1988 auf 770 im Jahr 1992 gefallen ist, was einem Rückgang von 54 Prozent entspricht (vgl. Tab. 1). Wir haben es also mit einer tatsächlichen demographischen Verhaltensänderung zu tun und nicht mit einem Scheineffekt schwach besetzter Jahrgänge. Einschränkend muß aber gesagt werden, daß die vorgestellten Daten ausschließlich Periodenergebnisse sind, die kurzzeitige Effekte betonen. Der Bezug auf einen Betrachtungszeitpunkt reflektiert zwar gegenwärtiges familiales Verhalten, läßt aber Kohortenergebnisse außen vor. Diese können stark von der Querschnittsbetrachtung abweichen, da ihr Zugang verschobene Ereignisse der Familiengrün-

ung einschließt.

Tabelle 1: Geburten

Jahr	insgesamt in Tausend	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	je 1000 Einwohner	zusammenge- faßte Geburten- ziffer	Geburtenüberschuß (+) Geburtendefizit (-)
1988	215734	-4,5	12,9	1670	+2623
1989	198922	-7,8	12,0	1556	-6789
1990	178476	-10,3	11,1	1440	-29634
1991	107769	-39,6	6,8	977	-94658
1992	88320	-19,2	5,4*	770*	-100053
1993	79926*	-9,5*	-	-	-

* vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sommer 1993, eigene Berechnungen.

Was das Heiraten angeht, so scheint die Heiratsneigung der ostdeutschen Bevölkerung nahezu eingefroren zu sein. Hier gab es eine Abwärtsbewegung von 8,2 geschlossenen Ehen je 1000 Einwohner 1988 auf schätzungsweise 3,0 im Jahr 1992 (vgl. Tab. 2). Mit der Schätzung der zusammengefaßten Erstheiratsziffer, die auf das gegenwärtige Heiratsgeschehen abhebt, läßt sich errechnen, daß unter den Bedingungen von 1992 von 100 ledigen Männern bzw. Frauen nur 29 in die Ehe eintreten würden (Hullen & Schwarz 1993, S.8).

Tabelle 2: Eheschließungen

Jahr	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	je 1000 Ein- wohner	Zusammengefaßte Erstheiratsziffer	
				Männer	Frauen
1988	137165	-2,9	8,2	71	78
1989	130989	-4,5	7,9	68	76
1990	101913	-22,2	6,3	58	60
1991	50529	-50,4	3,2	28	31
1992	47979	-5,0	3,0*	29	29
1993	49159*	+2,4*	-	-	-

*** vorläufiges Ergebnis**

Quellen: Statistisches Bundesamt; Hullen & Schulz 1993, eigene Berechnungen.

Der Verlauf dieser beiden Indikatoren macht deutlich, daß in Ostdeutschland rapide demographische Veränderungen stattfinden, die offenbar mit dem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse korrespondieren bzw. durch ihn begründet sind. Es ist daher zu fragen, wie auf die Prozesse der Familienbildung eingewirkt wird und wie sich diese zukünftig gestalten werden. Nachfolgend sollen Erklärungsansätze dafür aufgezeigt und diskutiert werden.

3. Die Schockthese

Unter der Annahme, daß das demographische Verhalten unter "normalen Bedingungen" eine gewisse Kontinuität aufweist, ist der jetzige Vorgang ein "Schock". Der metaphorische Begriff "Schock" ist eine Beschreibung auf globalstatistischer und individueller Ebene, also das Einbrechen der Geburtenzahlen ebenso wie die Erschütterung von selbstverständlichen Handlungsorientierungen.

Zunächst evident scheint, daß soziale Krisenzeiten zum Verzicht oder Ausfall von Heiraten und Geburten führen. Diese Annahme geht von einer "Schockerfahrung" der ostdeutschen Bevölkerung aus, die auf den Zusammenbruch von alltagsweltlicher Normalität mit dem Einfrieren demographischer Aktivitäten wie Geburten, Eheschließungen und Scheidungen reagiert. Der "Schock" als "Aggregat verschiedener Effekte" (Zapf & Mau 1993, S.4) gründet sich auf psychosoziale, sozioökonomische und kognitive Lagen der Individuen.

"Da die Institutionalisierung neuer Normen oder die Anpassung von Traditionen an die neue Situation sich zeitlich verzögert, ist ein rascher gesellschaftlicher Wandel im allgemeinen mit zunehmender Anomie (im Sinn von Normlosigkeit) assoziiert. Dies wird zusätzlich verstärkt, wenn der soziale Wandel zu strukturellen Ungleichgewichten führt. Soziale Anomie kann langfristige Verpflichtungen (wie Familienbildung) negativ beeinflussen" (Höplinger 1987, S.43).

Krisenphänomene haben die Verengung des individuellen Planungs- und Handlungshorizontes auf die Jetzt-Situation zur Folge. Handlungen sind dann vorrangig als reaktive, adaptive Handlungen angelegt. Biographische Entwürfe

unterliegen der Revision oder werden in die Nach-Krisen-Zeit verlagert, während die Krisenbewältigung als Priorität des Alltagshandelns in den Vordergrund tritt. Die Krise im soziologischen Sinne ist nicht nur an die Erschütterung der Handlungsbedingungen, sondern auch an die entsprechende subjektive Interpretation, sprich Krisenwahrnehmung, durch die Betroffenen geknüpft. Aus der Sicht des Einzelnen sind dies Phänomene wie Sicherheits- und Kontinuitätsverlust, Orientierungsdefizite und Enttäuschung.

Reaktives Verhalten auf objektive Lebensbedingungen wird vermittelt über die Wahrnehmung und Interpretation der Situation durch die Betroffenen. Daraus wird deutlich, daß nicht das absolute Ausmaß sozialer Probleme entscheidend ist, sondern die Optionen, die dahinterstehen bzw. dahinter gesehen werden. Der platte Verweis auf die Verbesserung der materiellen Ausstattung in Ostdeutschland erklärt in diesem Zusammenhang wenig. Der soziale Umbruch in Ostdeutschland ist aus der individuellen Perspektive eine instabile biographische Phase mit außergewöhnlichen Belastungen, aber auch mit Chancen. Die Veränderung der gesellschaftlichen Koordinaten, in denen Biographiearrangements getroffen werden, bedeutet zunächst eine Phase der Neuorientierung. Wie schnell sich biographische Planungshorizonte wieder befestigen, hängt davon ab, wie sich die "Schnittstelle zwischen den Vorgaben gesellschaftlicher Großorganisationen und individuellem Handeln" (Mayer 1990, S.10) gestaltet. Aber gerade dieses scheint ein äußerst schwieriger Aspekt des deutschen Vereinigungsprozesses zu sein.

Die Entscheidung zur Familiengründung ist eine biographische Festlegung auf viele Jahre, die kaum reversibel ist. Diese Beschränkung des biographischen Möglichkeitsraumes wird vor dem Hintergrund von vorhandenen und zukünftigen Anpassungs- und Neuorientierungsanforderungen als Nachteil erfahren. Dabei handelt es sich um eine exogen aufgezwungene Neusetzung biographischer Prioritäten. Die Ereignisse der Familiengründung sind zeitlich disponibler Art. Besonders jüngere Frauen und Männer können den Zeitpunkt der Familiengründung um einige Jahre nach hinten verlegen.

Für die Ostdeutschen ist der Arbeitsmarkt die entscheidende Komponente der Neuordnung der Sozialstruktur. Gerade hier kommt es zu einer "massenhaften ökonomischen und statusbezogenen Deklassierung" (Mayer 1991, S.92), sowie zur Neu- und Umbewertung erzielter Qualifikationen und beruflicher Positionen. In fast allen Beschäftigungsbereichen müssen sich die ostdeutschen Arbeitneh-

mer an westlichen Standards "beweisen". Wie bei Berufsanfängern konzentriert sich daher die Aktivität auf die berufliche (hier auch: biographische) Konsolidierung. "Man ist für Kinder erst dann bereit, wenn (...) die Berufssituation genügend abgesichert ist" (Hettlage 1992, S.134). Für diejenigen, die noch im Arbeitsprozeß stehen, heißt das der Erhalt des Arbeitsplatzes, für die Personen in Umschulungen das Wiedererlangen von Arbeitsmarktchancen und für die Arbeitslosen, sich jetzt nur nicht dauerhaft vom Arbeitsmarkt verdrängen zu lassen. Wirtschaftlich unsichere Zeiten bedeuten einen härter werdenden Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, der dazu anregt, "die eigene Arbeitsmarktflexibilität nicht durch Kinder einzuengen" (Schultz, Wagner & Witte 1993, S.6).

Der Verzicht auf aufwendige Lebensereignisse, die in der Hand der Betroffenen selbst liegen, ist eine rationale Bewältigungsstrategie auf individueller Ebene. Der Spielraum, der dem Einzelnen dabei zur Verfügung steht, reicht von gänzlichen Verzicht bis zum Aufschieben der Familiengründung. Die Schlagwörter des "Gebärstreiks" (z.B. Kurz-Scherf 1992, S.11) und der "kollektiven Verweigerung" sind dabei sicherlich irreführend. Es handelt sich ja in erster Linie nicht um eine kollektiv ausgehandelte symbolische Form des Protests, eher im Gegenteil, um individuelle Existenzunsicherheiten, die zu synchronen Reaktionsmustern führen. Die Verständigung über politische Implikationen eines solchen Vorgangs setzen erst in dem Moment ein, wo die aggregierten Daten ein massenhaftes Verhalten anzeigen.

4. Die Angleichungsthese

Der zweite Strang des Ursachenbündels ist struktureller Natur und bezieht sich auf die wirkende "Modernisierungstendenz", die eine Angleichung der demographischen Verhältnisse Ostdeutschlands an westdeutsche Heirats- und Geburtenmuster behauptet. Formal gesehen, bedeutet der gesellschaftliche Umbau die Veränderung von institutionellen Vorgaben und Anforderungen an das Individuum, sowie die Veränderung von biographischen Optionen. Diese Aspekte konditionieren den Wertewandel und die Veränderung des demographischen Verhaltens.

a) Vorgaben

Zunächst haben es die Individuen mit veränderten institutionellen Vorgaben

und Erwartungen zu tun, an denen sie biographische Entscheidungen ausrichten. Die Effekte der Verregelung sind so zu verstehen, daß die staatlichen Einflüsse den Lebenslauf zwar segmentieren und strukturieren, aber nur wenige Vorgaben mit zwanghafter Normierung einhergehen, wie z.B. die allgemeine Schulpflicht oder die Festlegung von Ausbildungsdauern. Vielmehr beeinflussen gesellschaftliche Kontextbedingungen, wie z.B. das soziale Sicherungssystem, auch die Lebensorientierungen und Lebensentscheidungen des Einzelnen (vgl. Mayer & Müller 1989, S.54).

b) Anforderungen

Die Abstimmung zwischen verschiedenen Bereichen der Gesellschaft in ihren Wirkungen auf das Individuum ist nur partiell gewährleistet. Die Leistungsanforderungen und Mobilitätsanforderungen der modernen, dynamischen Industriegesellschaft, die aus den verschiedenen Sektoren an die Gesellschaftsmitglieder herangetragen werden, sind häufig zueinander inkompatibel und haben Rollenkonkurrenz bzw. Rollenambivalenz zur Folge. So ist z.B. die Leistungsanforderung der Erwerbsarbeit kaum mit der Mutterrolle zu verbinden.

c) Optionen

Neben den Vorgaben und Anforderungen haben sich auch die sozialen und wirtschaftlichen Optionen verändert. Dieser Aspekt verweist auf die Rolle individueller Kompetenz bei der Wahl zwischen biographischen Alternativen. Dazu gehört natürlich auch der Zwang zur Entscheidung unter Restriktionen und Unsicherheit. Der Möglichkeitsraum hat sich verändert; erhöhte soziale und räumliche Mobilität sind Ausdruck dieser Tendenz. Zum anderen gibt es noch einen Kennenlernerfolg, der ein verstärktes Zugreifen auf bestimmte Optionen anregt, z.B. auf Konsum- und Reismöglichkeiten.

Für diese Interpretationsweise ist die Wechselwirkung Struktur-Individuum zentral, die besagt, daß bestimmte gesellschaftliche und soziale Bedingungskontexte das Entscheidungsverhalten sowohl mittelbar als auch unmittelbar beeinflussen. Damit ist das Verhalten nicht kontingent und offen, sondern stark konditioniert.

Aus diesem Ansatz heraus läßt sich für die lange Frist annehmen, daß sich die Lebensorientierungen und das familiäre Verhalten in Richtung der westdeut-

schen Standards verändern werden. Die Traditionen, Routinen und Handlungsmuster sind mit neuen institutionellen Bedingungen konfrontiert, auf die sie sich erst abgleichen müssen. Dieser Effekt, der derzeit noch stark von der aus der Verunsicherung resultierenden generativen Abstinenz überlagert wird, würde im Resultat eine verstärkte Korrespondenz von Lebensentwürfen, Lebensverläufen und objektiven Handlungsbedingungen hervorbringen. Vorerst ist aber feststellbar, daß die Handlungsbedingungen und die Lebensverläufe rasante, aufeinander bezogene Veränderungen erfahren, währenddessen, und dies soll später noch belegt werden, zumindest im Hinblick auf die Einstellungen zur Familiengründung, die Lebensorientierungen vom tatsächlichen biographischen Handeln abweichen.

Die erwartbaren Angleichungstrends möchte ich nachfolgend konkretisieren.

Anstieg des Heiratsalters und das Alter bei Geburt des Kindes

Der Übergang von der Herkunftsfamilie zur eigenen Familiengründung hat in Westdeutschland seinen zeitlichen und kausalen Zusammenhang eingebüßt. Innerhalb der Biographien ist die Passage des kinderlosen Erwachsenendaseins nach dem Verlassen des Elternhauses immer wichtiger geworden. Sie ist emotional hoch besetzt, da sie bestimmte Rollenexperimente privater und beruflicher Art zuläßt. Hier finden weichenstellende Ausbildungs- und Berufsübergangsphasen statt, die hohe Anforderungen an Disponibilität und an zeitliche und räumliche Mobilität stellen und kaum eine Vereinbarkeit mit Elternschaft erlauben. Die materielle und finanzielle Situation ist noch nicht durch ein eigenes "gesichertes" Einkommen stabilisiert. In vielen Fällen ist man auf elterliche Unterstützung oder Transfereinkommen angewiesen.

In der ehemaligen DDR wird der Trend zur "Verzögerung" der Familiengründung beschleunigt werden. Die verlängerten Ausbildungs- und Studienzeiten sind ein maßgebliches institutionelles Artefakt zum Export dieses Prozesses. Der Zusammenhang zwischen Ausbildungsdauer und Familiengründung in der Bundesrepublik ist in der Literatur ausführlich dokumentiert (vgl. Blossfeld & Nuthmann 1989). Danach warten Frauen mit der Familiengründung bis zum Ende der Ausbildung. Begründet wird dies mit "sozialen Normen und Erwartungen (...), nach denen die Ausbildung vor einer Heirat und der Geburt eines

Kindes abgeschlossen sein sollte und, daß (...) der Besuch von Schule und Universität sowie die Absolvierung einer Ausbildung mit einem hohen Grad ökonomischer Abhängigkeit vom Elternhaus einhergeht" (Blossfeld, Huinink & Rohwer, 1991, S.338).

Steigender Anteil niemals Heiratender und Zunahme der Kinderlosigkeit

Hinter der These des "zweiten demographischen Übergangs" in der Bundesrepublik steckt die Annahme einer zunehmenden Polarisierung (oder auch Dualisierung) der familialen Lebensformen. Strohmeier (Strohmeier 1993, S.12) vermutet in der horizontalen Dimension einen schrumpfenden, strukturstarren Familiensektor und einen wachsenden pluralisierten Nicht-Familiensektor (vgl. auch Burkart & Kohli 1989). Beobachtbar ist, daß sich das Muster universeller Elternschaft und nahezu vollständiger Verheiratung abgelöst hat. "Auf dem einem Pol findet sich eine Bevölkerungsgruppe, die kaum demographische Ereignisse hervorbringt. Und auf dem anderen Pol sind diejenigen, die die hohe Dynamik in Heirats-, Scheidungs- und generativen Verhalten verursachen." (Dobritz 1992, S.194)

Für die ehemalige DDR ist anzunehmen, daß die umfangreichen Beteiligungsraten an der Eheschließung und dem generativen Verhalten zurückgehen werden. Neben geplanter Kinderlosigkeit wird auch verstärkt das Motiv der "verpaßten Gelegenheiten" (auch begründet im Wendegeschehen) zum tragen kommen. Daneben gibt es eine zunehmende "Ökonomisierung" der Kinderentscheidung vor dem Hintergrund konkurrierender Lebensorientierungen. Kinder bedeuten heute eine zunehmende Einschränkung von beruflichen Ambitionen der Frauen (räumliche und zeitliche Bindung). Daneben haben sich die Betreuungsaufwendungen, die Kosten für den Unterhalt der Kinder und die notwendigen Bildungsinvestitionen erhöht.

Weitere mittelfristige Angleichungstrends

Die veränderte gesetzliche Grundlage für Eheschließungen, ihr angehobener Vertragscharakter mit über den Bestand der Ehe hinausreichenden Folgen, rationalisiert auch die Entscheidung für oder gegen die Ehe. Die Form der Eheschließung wird dann präferiert, wenn die Partner auf die soziale Sicherungsfunktion und die Langfristbindung Wert legen. Die enge Verknüpfung von Fertilität und Eheschließung wird danach wahrscheinlich verstärkt, weil sich das

Sicherheitsmotiv am besten in der Ehe erfüllen läßt.

Andere zu erwartende Entwicklungen, die damit in Verbindung stehen, sind die Zunahme von dauerhaften "alternativen" Lebensformen, wie z.B. nichteheliche Lebensgemeinschaften und das Singledasein. Diese Lebensformen, die in der DDR mehrheitlich als Durchgangsphase vor der Eheschließung praktiziert wurden, werden sich verstärkt als Alternative zur Ehe etablieren.

Die These der demographischen Angleichung ist äquivoker Natur, denn das Resultat der Angleichung der Bevölkerungsweise wird nicht die Gleichheit der demographischen Kennziffern in Ost und Westdeutschland sein. Vielmehr konditionieren die sozialstrukturellen und sozialräumlichen Bedingungen das familiale Verhalten, so daß westdeutsche Trends nicht identisch und in gleichem Maße in den Fünf Neuen Ländern auffindbar sein werden.

5. Ein zweiter Blick auf die Daten

Differenzierte Daten zur Struktur der demographischen Veränderungen liegen bislang kaum vor. Zudem sind die Möglichkeiten zur genaueren Betrachtung der Ursachen und der Strukturierung des Geburten- und Heiratsrückgangs mittels der amtlichen Statistik stark eingeschränkt. Die Querschnittsdaten lassen kaum Aussagen über die Einordnung von Familiengründungseignissen in den Lebensverläufen der Individuen zu. Daher bleibt die Diskussion des Themas an dieser Stelle vorläufig. Längsschnittanalysen, die die Reaktionsmuster auf die gesellschaftlichen Umbrüche besser erhellen würden, müssen noch geleistet werden.

Die Daten zeigen zunächst, daß die dramatischen Einbrüche der Geburten und der Eheschließungen von allen Altersgruppen getragen werden (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Lebendgeborene nach Alter der Mutter

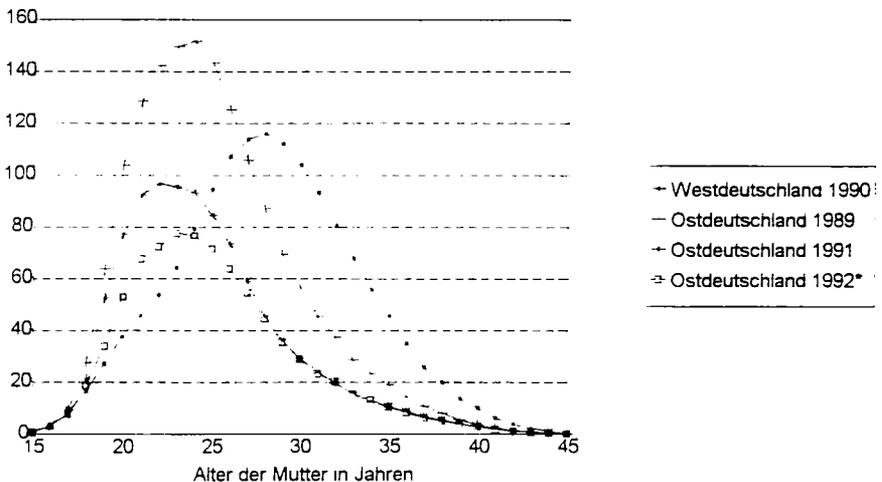
Jahr	unter 20	20-25	25-30	30 und älter
1989	11417	82723	72767	32015
1990	10186	74253	65180	28857
1991	7428	45918	36604	17819
1992	5125	33615	31797	17742
Rückgang 89-92	-55,1%	-59,4%	-56,3%	-44,6%

Quellen: Statistisches Bundesamt, Sommer 1993, eigene Berechnungen.

Auf einen Effekt ist allerdings hinzuweisen. Betrachtet man den Geburtenrückgang in den einzelnen Jahren von 1989 bis 1992, so fällt auf, daß für die höheren Altersgruppen im letzten angezeigten Jahr der Rückgang vergleichsweise geringer ausfällt (Abb.2). Dies könnte vorsichtig als Indiz für die angenommene Anpassung des Alters der Mutter an das westliche Muster gedeutet werden.

Abbildung 2

Lebendgeborene nach Alter der Mutter
Altersspezifische Geburtenziffern bezogen auf die weibliche Bevölkerung des Geburtsjahrganges



* geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Die amtlichen Daten weisen die Ordnungszahl der Geborenen nicht aus. Die Annahme, daß von "älteren" Frauen vorwiegend Kinder höherer Ordnungszahl nicht geboren wurden und bei "jüngeren" Frauen der Rückgang auch die Erstgeburten stark betraf, kann somit nicht unmittelbar verifiziert werden. Mit den Daten des Sozioökonomischen Panels läßt sich dieser Effekt für den Untersuchungszeitraum 1991/1992 aber mit hoher Wahrscheinlichkeit nachweisen (Schultz, Wagner & Witte, 1993). Die Autoren Schultz, Wagner & Witte kommen zu dem Schluß, daß junge Frauen vor allem auf Erstgeburten und ältere auf Zweit- und Drittgeburten verzichteten, wobei ältere Frauen, die bisher kinderlos waren, ihre Kinderentscheidung nur geringfügig reduzierten.

Die Quote der unehelichen Kinder ist entgegen der vertretenen Annahme noch gestiegen. 1988 betrug der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder 33 Prozent; dieser Wert stieg auf 42 Prozent im Jahr 1992. Möglicherweise ist der Geburtenrückgang ein selektiver Vorgang, der stärker von Frauen getragen wurde, die aktive Familienplanung (in Verbindung mit der Ehe) betrieben und nun auf die veränderte Situation mit einer Korrektur reagierten. Über die Altersgruppen betrachtet kann man feststellen, daß der Anstieg der Quote der unehelich geborenen Kinder von allen getragen wird; ein altersstrukturierender Effekt ist nicht erkennbar.

Die Eheschließungen stehen mit dem generativen Verhalten in Zusammenhang und sind daher betrachtenswert. In der Betrachtung der Altersverteilung sieht man, daß in den höheren Altersgruppen der Rückgang vergleichsweise geringer, aber dennoch stark stattfand (Tab. 4).

Tabelle 4: Veränderung der Zahl der Eheschließenden von 1989 bis 1991 nach dem Alter

in Prozent	unter 20	20-25	25-30	über 30
Männer	-68,5%	-68,8%	-66,9%	-49,3%
Frauen	-70,3%	-67,3%	-60,9%	-46,0%

Quelle: Sommer 1993, eigene Berechnungen.

Das durchschnittliche Heiratsalter ist von 1989 auf 1991 bei den Männern um 2,9 Jahre (West: 0,5) angestiegen, das der Frauen um 2,8 Jahre (West: 0,7). Betrachtet man nur die ledigen Personen, die heirateten, so betrug der Anstieg hier bei Männern wie Frauen 1,3 Jahre (West: 0,5). Damit setzte sich die Entwicklung zu einem höheren Heiratsalter bei Erstheirat in beiden Teilen der Bundesrepublik fort. Das durchschnittliche Heiratsalter für Ledige beträgt nun 26,6 Jahre (West: 28,7) bei den Männern und 24,5 (West: 26,2) Jahre bei den Frauen. Der Abstand zwischen Ost und West wurde damit abgemildert.

Die Familienplanung wird als bewußt vollzogene Wahlhandlung erkennbar. So ist auch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche seit der Wende stark zurückgegangen, was darauf hindeutet, daß das "Instrument Schwangerschaftsabbruch" (Sozialreport 1992, S.54) nicht ausschlaggebend zur Geburtenregulierung benutzt wird. Stattdessen wird verstärkt auf Kontrazeptiva gesetzt, d.h.

Elternschaft wird geplant. Noch 1990 wurden 66459 Schwangerschaftsabbrüche gezählt; 1992 waren es 43753, also rund ein Drittel weniger.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Veränderungen der demographischen Indikatoren Eheschließungen und Geburten sich über die dargestellten Differenzierungen recht breit streuen. Ein deutlicher Hinweis auf allumfassende Angleichung war vorerst nicht zu finden. Man kann vermuten, daß durch den "demographischen Schock" die Angleichungstendenzen noch verwischt sind und sich erst in den folgenden Jahren deutlicher zeigen werden.

6. Familienorientierung und Frauenerwerbsorientierung

In den neuen Bundesländern finden wir eine starke Familienorientierung, die nicht durch die ökonomischen und sozialen Veränderungen aufgelöst wurde. Zahlreiche Studien (z.B. Sozialreport 1992, Institut für Demoskopie Allensbach 1993) bestätigen die nach wie vor hohe Bedeutung des Lebens mit Kindern und einer stabilen Partnerschaft. In der Bewertung des Lebensglücks kommt dem familialen Aspekt eine zentrale Stellung zu. Gleichzeitig gibt es eine kritische Sicht auf die derzeitigen Bedingungen für ein Leben mit Kindern. Rekuriert man auf den Indikator der "gewünschten Kinderzahl", so zeigt sich, daß ein massiver Rückgang des Kinderwunsches, der mit dem demographischen Einbruch korrespondiert, nicht stattgefunden hat (vgl. Dobritz 1992, S. 181). Der Wunsch nach Kindern ist nicht generell aufgehoben, sondern auf einen "günstigeren" biographischen Zeitpunkt vertagt. So unsicher Zukunftsprognosen über die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung auch sind, der gegenwärtige Zeitpunkt wird als wenig geeignet empfunden, den Kinderwunsch zu verwirklichen. Ob damit tatsächlich die spätere Realisierung des Kinderwunsches einhergeht, bleibt weitgehend offen.

In Ostdeutschland fand sich zwischen Familienbildung und Erwerbstätigkeit der Frauen keine negative Korrelation. Im Gegenteil, diese beiden Bereiche existierten nicht als konfligierende biographische Optionen, sondern als sich ergänzende. Die Erwerbsarbeit stand zudem für soziale Integration, Identifikation und Selbstverwirklichung. Dieser hohe subjektive Stellenwert der weiblichen Erwerbsarbeit wurde in den Vereinigungsprozeß mit eingebracht und trifft nun auf das Kompatibilitätsproblem von Berufstätigkeit und Mutterschaft. Von ostdeutschen Frauen wird das Vereinbarkeitsprinzip dem Ausschließlichkeitsprinzip eindeutig vorgezogen.

Trotz der absehbaren Differenzierung der Einstellungen zu Beruf und Familie ist kaum zu erwarten, daß sich die ostdeutschen Frauen auf das Wahlprinzip (Beruf oder Familie) einlassen werden. Bezieht man die gegenwärtige Arbeitsmarktlage in die Betrachtung mit ein, so muß der überdurchschnittliche Abbau von Frauenarbeitsplätzen konstatiert werden. Der Arbeitslosenstatus ist dadurch gekennzeichnet, daß die Frauen weiterhin einen Anspruch zur Teilhabe am Arbeitsmarkt für sich reklamieren und sich nicht in die "stille Reserve" abdrängen lassen. Die Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen ist nach wie vor hoch (vgl. Holst & Schupp 1993). Lediglich ein sehr geringer Teil der Frauen im erwerbsfähigen Alter hat sich dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in beschäftigungspolitischer und sozialpolitischer Hinsicht obstruiert Prozesse der Familienbildung in Ostdeutschland, da kaum Bedingungen vorhanden sind, die eine Harmonisierung des Verhältnisses von Familie und Berufstätigkeit erlauben würden. Der hohe Stellenwert der Erwerbstätigkeit läßt nicht erwarten, daß die Frauen in den fünf neuen Ländern sich als Arbeitsmarktpuffer hergeben und durch einen massenhaften Rückzug vom Arbeitsmarkt die Lage entspannen würden. "Auch für die jüngeren Jahrgänge ist eine drastische Absenkung der Frauenerwerbsquote eher unwahrscheinlich, weil diese (...) nicht minder auf Berufstätigkeit orientiert sind, weil es gerade für 'die Jungen' darum geht, den Anschluß an den erwarteten 'Aufschwung Ost' nicht zu verpassen, und weil bereits jetzt deutlich erkennbar ist, daß die jungen Frauen eher dazu neigen, ihren Kinderwunsch aufzuschieben, zu reduzieren oder ganz aufzugeben, als sich wegen der jetzt in den Neuen Bundesländern drastisch erhöhten Schwierigkeiten einer Vereinbarung von Beruf und Familie vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen" (Kurz-Scherf 1992, S.214). Damit stehen die Ansprüche an Teilhabe an der Erwerbstätigkeit der Organisation des Arbeitsmarktes nach westdeutschem Vorbild entgegen. Wahrscheinlich ist jetzt die Konstruktion unsicherer, prekärer Überbrückungsarrangements, die den Müttern das Festhalten am Erwerbstatus ermöglicht. Für bisher kinderlose Frauen ist erwartbar, daß sie die Geburtenpläne zeitlich aufschieben und auch reduzieren, und die Frage nach dem Entweder-Oder zunächst nicht stellen.

7. Fazit

Die beiden Interpretationsvarianten demographische Krise versus Anpassung an die westliche Bevölkerungsweise sind nicht als Gegensatzpaar zu lesen.

Der Terminus "Anpassungskrise" beschreibt die Doppelgestalt des gegenwärtig beobachtbaren Prozesses. Tatsächliches Anpassungsverhalten kann aber nur von jungen Frauen vollzogen werden, die bisher noch keine Kinder bekommen haben. Für sie entspräche das Verschieben der Realisierung des Kinderwunsches in ein höheres Alter dem westlichen Muster. Die, aus dem Blick der Fertilitätsphase, älteren Frauen, die im Normalfall noch Kinder bekommen hätten, werden die jetzt ausgefallenen Geburten nicht aufholen können. Für sie kann man einen unfreiwilligen Abbruch der generativen Phase konstatieren.

Man kann davon ausgehen, daß es noch eine relativ lange Übergangszeit geben wird, die durch die Überlagerung zweier "Bevölkerungsweisen" geprägt ist. In eine Generation eingeprägte Werte werden weitergetragen, möglicherweise überlagert und vermischt. Da diese, wie ich versucht habe zu verdeutlichen, in bestimmten Mustern kaum Koexistenz erlauben, werden Frauen mit erzwungenen Entscheidungen, in der Konsequenz auch mit aufgezwungenen biographischen Revisionen, leben müssen. Unter diesen Bedingungen sind schnelle Nachholeffekte der Geburten oder die unverzügliche Angleichung an westliche Niveaus nicht prognostizierbar. Neben dem angesprochenen demographischen Angleichungstrend wird eine fortschreitende Verkleinerung der Familien stattfinden. Schon zu DDR-Zeiten waren, bezogen auf alle Familien mit Kind(ern), die Ein- und Zweikindfamilien stärker verbreitet, wodurch man die höhere Geburtenrate der DDR auf die größere Bereitschaft zu wenigstens einem Kind zurückführen kann (vgl. Voit 1993). Die Ein-Kind-Familie stellt die Minimalvariante zur Befriedigung des Kinderwunsches dar. Geht man wieder auf die Aggregatebene läßt sich schlußfolgern: Der Tiefpunkt der demographischen Entwicklung ist erreicht, aber eine Erholung der Geburtenzahlen wird nur in einem mäßigen Tempo stattfinden und vorherige Werte bei weitem nicht mehr erreichen.

Für die ostdeutschen Kommunen ergeben sich zunächst positive Effekte, die den Sparzwängen entgegenkommen. Ein Rückgang der Kinder um mehr als 60 Prozent heißt, daß sich die Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen und das Schulwesen verringern. "Die Angebots-/Nachfragespirale dreht sich nach unten" (Kistler, Jaufmann & Pfaff 1993, S.50). Weitere kommunale Infrastruktureinrichtungen (Kinderbibliotheken, Schwimmhallen etc.) werden auch der "Bedarfsanpassung" zum Opfer fallen. Daß die Kommunen dieser Versuchung widerstehen werden, ist kaum zu erwarten. Erweitert man den Blick, so wird deutlich, wie diese Bedingungen auch wieder Rückwirkungen auf das

Gebärverhalten haben werden; die ausgedünnten Angebote für Kinder werden rezipiert und beeinflussen die Entscheidung für Kinder.

Die hohe Erwerbsbeteiligung in den neuen Bundesländern könnte auch den westdeutschen Trend der verstärkten Teilnahme der Frauen am Berufsleben bestärken. Als politische Implikation ließe sich formulieren, daß die jetzige Situation den Druck auf die politischen Entscheidungsträger erhöht, mehr und attraktivere Regelungen zu entwickeln, die den Wiedereinstieg der Frauen ins Erwerbsleben nach Unterbrechungen für die Phase der Geburt und der Kindererziehung erleichtern, Kinderbetreuungseinrichtungen öffentlich zu fördern und im Berufsleben Bedingungen zu schaffen (z.B. familienfreundliche Arbeitszeiten), die es Frauen und Männern ermöglichen, Berufstätigkeit und Kindererziehung zu verbinden.

Die allgemeinere, über den ostdeutschen Fall hinausführende Diskussion über notwendige sozialpolitische Reformen möchte ich hier außen vor lassen. Nur soviel: Sie müßte meines Erachtens eher an strukturellen Benachteiligungen von Familien und von Frauen im Erwerbsleben, als am bevölkerungspolitischen Aspekt, der die "Gebärfreudigkeit" über punktuelle Unterstützungen wieder erhöhen will, ansetzen. Vielleicht kann der ostdeutsche "Fall" ja in dieser Hinsicht etwas zur Aktualisierung dieser notwendigen Debatte beitragen.

Literatur

- Bast, K. & Ostner, I., 1992: Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD-ein Vergleich. In: Schmähl, W. (Hrsg.): Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, Frankfurt a.M., New York, S.228-270.
- Blossfeld, H.P. & Nuthmann, R., 1989: Strukturelle Veränderungen der Jugendphase als Kohortenprozeß, Zeitschrift für Pädagogik, 1989, 35, S.845-867.
- Blossfeld, H.P., Huinink, J. & Rohwer, G., 1991: Wirkt sich das steigende Bildungsniveau der Frauen tatsächlich negativ auf den Prozeß der Familienbildung aus? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg.17, Heft 3, S.337-351.
- Dobritz, J., 1992: Nuptialität, Fertilität und familiäre Lebensformen in der sozialen Transformation - Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Ostdeutschland? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg.18, Heft 2, S.167-196.
- Geißler, R., 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Gysi, J. (unter Mitarbeit von Hempel, U., Meyer, D. & Staufenbiel, N.) 1990: Die Zukunft von Familie und Ehe, Familienpolitik und Familienforschung in der DDR, Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE), 1.Beiheft, S.33-41.

- Hettlage, R., 1992: Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch, Beck, München.
- Hoffmann, E. & Trappe, H. 1990: Leben mit Kindern in der DDR. Ergebnisse bevölkerungs-soziologischer Forschung, Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE), 1. Beiheft, S.42-54.
- Höhn, Ch., Mammey, U. & Wendt, H., 1990: Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg.16, Heft 2, S.135-205.
- Holst, E. & Schupp, J., 1993: Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland, Diskussionspapier Nr. 68, DIW-Berlin.
- Höpflinger, F., 1987: Wandel der Familienbildung in Westeuropa, Campus, Frankfurt a.M./New York.
- Huinink, J., 1993: Die Gründung der Familie: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? In: Projektgruppe Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR am MPI. Erste Ergebnisse, Kurzbeiträge anlässlich eines Kolloquiums "Annäherung an die soziale Wirklichkeit der DDR" am 29.3.93 in Bonn.
- Huinink, J. & Mayer, K.U., 1993: Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, In: Joas, H. & Kohli, M. (Hrsg.) Der Zusammenbruch der DDR, Suhrkamp, Frankfurt a.M., S.151-171.
- Hullen, G. & Schulz, R., 1993: Bericht 1993 zur demographischen Lage in Deutschland, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg.19, Heft 1, S.3-70.
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg), 1993: Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen. Die Schering-Frauenstudie '93, Bund Verlag, Köln.
- Kirner, E., Schultz, E. & Roloff, J., 1990: Vereintes Deutschland - Geteilte Frauengesellschaft? Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands, DIW-Wochenbericht, Nr.41, S.575-582.
- Kistler, E., Jaufmann, D. & Pfaff, A.B., 1993: "Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen..." Frauen als Wendeverliererinnen? Aus Politik und Zeitgeschichte, B6/93, 5.Februar, S.39-52.
- Klein, Th., 1989: Divergierende Familiengrößen und neue Kinderlosigkeit. Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3, S.5-26.
- Kurz-Scherf, I., 1992: Geschlechterkampf am Arbeitsmarkt? Frauenperspektiven in Deutschland. WSI Mitteilungen, Heft 4, S.203-216.
- Landua, D., u.a., 1993: "...im Westen noch beständig, im Osten etwas freundlicher". Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden drei Jahre nach der Wiedervereinigung, WZB-paper P93-108.
- Mayer, K.U. & Müller, W., 1989: Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat. In: Weymann, A. (Hrsg.), Handlungsspielräume, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, S. 41-60.
- Mayer, K.U., 1991: Soziale Ungleichheit und Lebensverläufe. Notizen zur Inkorporation der DDR in die Bundesrepublik und ihre Folgen. In: Giesen, B. & Leggewie, C. (Hrsg.), Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Rotbuch Verlag, Berlin, S.87-99.
- Schultz, E., Wagner, G. & Witte, J., 1993: Gegenwärtiger Geburtenrückgang in Ostdeutschland läßt mittelfristig einen "Babyboom" erwarten, Diskussionspapier Nr.83, DIW Berlin.
- Sommer, B., 1993: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1990 und 1991, Wirtschaft und Statistik Nr.9, S. 644-650.

- Sozialreport 1992: Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Morgenbuch Verlag, Berlin.
- Speigner, W., 1987: Kind und Gesellschaft. Eine soziologische Studie über die Geburtenentwicklung in der DDR, Akademie-Verlag, Berlin.
- Spellerberg, A., 1994: Alltagskultur in Ost- und Westdeutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten. WZB-paper P 94-101.
- Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen.
- Strohmeier, K.P., 1993: Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/93, S. 11-22.
- Uhlmann, I. (Hrsg), 1961: Die Frau - Kleine Enzyklopädie, Leipzig.
- Voit, H., 1993: Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus April 1991. Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt, Heft 3, S.191-199.
- Wendt, H., 1991: Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten - zwischen Konvergenz und Divergenz. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg.17, Heft 3, S.251-280.
- Zapf, W. & Mau, St., 1993: Eine demographische Revolution in Ostdeutschland? In: ISI-Informationsdienst Soziale Indikatoren, ZUMA, Mannheim Heft 10, S. 1-5.

Anschrift des Verfassers:

Steffen Mau
12 Collingwood Road
Redland
Bristol BS6 6PB
Great Britain